

# Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend, monatlich zusätzlich 6 Ausgaben im Verlagsbüro. Der Preis beträgt 1 Mark. Der Verlag Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21, entgegenges. dem Hotel „Zur Post“. Druck: Verlagsbüro Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21. Schriftleitung: Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21. Fernsprecher Nr. 1277.

Nummer 23 Halle (S.), Sonnabend, 15. August 1925 1. Jahrgang

## Ueber 12 Milliarden an Steuern u. Verbrauchslasten Ludendorffs Agitation im Opatowitzlager verborgen.

### Parlamentarische Korruption.

Man erinnert sich mit welchem Geschehen die Reichsparlamenten, als sie als Opposition keine Verantwortung für die Regierungsbefehle trugen, wohl aber die weitgehendste Redefreiheit im Parlament genossen und von ihr auch Gebrauch machten, Kritik an dem parlamentarisch-demokratischen System geübt haben. Im Wahlkampf, in jeder Versammlung, in jedem reaktionären Blättchen wurde der Parlamentarismus als korruptiert und verlottert und als „Fäulnis der öffentlichen Meinung“ tagaus tagein bezeichnet und den Wählern gelagt: „Nicht uns nur, erst aus unsern Köpfen, dann werden wir dafür sorgen, daß der Parlamentarismus geläubert und gereinigt wird.“ Jetzt ist die deutsch-nationale Regierung über ein halbes Jahr im Amt, die Regierungsparteien haben die parlamentarische Macht und die Folge ist, daß sich im Reichstag bei den Steuergeboten und bei der Zollvorlage Szenen abgespielt haben, die nichts anderes als die Durchführung von

solch bisher lurssteuerpflichtige Waren freigestellt, aber auch bisher freie Waren steuerpflichtig gemacht werden sollen. Diesem Steuermonstrum verhalf die deutsche Volkspartei zur Annahme, die am 10. Januar 1925 folgenden Antrag Dr. Scholz und Genossen einbrachte:

Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, dem Reichstag baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die erhöhte Umsatzsteuer auf Waren zur Stärkung der Qualitätsarbeit aufhebt.  
So sieht die Deutsche Volkspartei vom Januar und vom August 1925 aus. Und wenn das nicht parlamentarische Korruption höchsten Grades bedeutet, dann fehlen einem die Worte, um politische Unmoral mit der gebührenden Bezeichnung zu belegen.

Eine in allen Parlamenten der Welt bisher beispiellose

Proklamation brutaler Gewalt gegenüber der parlamentarischen Minderheit bedeutet weiter das Vorgehen der Regierungsmehrheit bei den Zolltarifverhandlungen. Wenn man fragen, die nicht allein in das wirtschaftliche Leben jedes einzelnen, sondern in den ganzen Komplex handelspolitischer Verbindungen und industrieller Arbeits- und Exportmöglichkeiten auf das tiefste einschneidet, in einem solchen Durchsetzungsstempo behandelt und der Minderheit fast jede sachliche Mitwirkung unmöglich macht, dann kann man von einem parlamentarischen System überhaupt nicht mehr reden. Allem bisher Vorgegangenen dabei die Krone aufzusetzen, war dem volksparteiigen Abg. Scholz vorbehalten. Dieser „Volksparteier“ stellte sich auf den Standpunkt, daß es genüge, wenn die Zollfragen im Ausschuss behandelt würden, das Plenum des Reichstages sei nicht dazu da, um, wie er sich ausdrückte, nochmals alles wiederzulangeln. Dabei liegen die Dinge in Wahrheit so, daß gerade die Vertreter der Regierungsparteien sich an den Ausschussberatungen so gut wie garnicht beteiligt haben, sondern die Zollfrage unter sich vereinbarten und so

auch die Zollpolitik zum Schachergeschäft gemacht haben. Daß die Opposition in den zwei ihr für die Plenarberatungen zugekauften Stunden auch hier nicht im entferntesten in der Lage war, ihre Ansichten über die Auswirkung einer solchen Gesetzesvorlage klarzulegen, ist wohl weiters ersichtlich. Der Zweck jeder parlamentarischen Ansprache, Gründe und Gegenstände vorzutragen und zu erörtern, wurde also von vornherein und von Grund aus ausgeschlossen und die Volksvertretung als solche so gut wie ausgeschlossen.

Der Führer der demokratischen Partei, Abg. Koch, hat die Regierungsparteien noch in letzter Minute gewarnt. Vergebens! Er wies mit Recht darauf hin, daß das deutsche Volk für die so schon hochgehenden Volksbeunruhigungen als ein natürliches Ventil eingehende und sachliche Beratungen im Reichstag haben müßte. Auch vergebens! Er rief der Mehrheit zu, daß sie mit ihrer parlamentarischen Diktatur eine Verantwortung übernehme, die so ungebauer sei, daß er sie Mehrheit um die Verantwortung nicht beneide. Alles vergebens! Ist es wirtschaftliche Verantwortung, oder ist es ein bis zur politischen Engstirnigkeit vorgeschrittener Machtstiel, der die Mehrheitspartei treibt? Das eine ist klar, daß sich ein Volk, dem die Verfassung seine politische Minderheit und Mitarbeit garantiert, auf die Dauer eine solche Behandlung der Vertreter einer augenscheinlich politischen Minderheit nicht gefallen lassen kann und wird. Vorläufig können die Regierungsparteien für sich buhen, daß sie eine bisher beispiellose diktatorische parlamentarische Korruption geschaffen haben. Sie können für sich buhen, daß sie ihre parlamentarische Stärke einzig zu dem Zwecke gebraucht haben, auf Kosten der Allgemeinheit bestimmten Interessengruppen Vorteile über Vorteile zuzuwenden. Und sie können weiter für sich buhen, daß sie um solcher Vorteile willen deutsches Land (siehe Schlag-Verhör) an Frankreich ausgeliefert haben. Wir glauben nicht sehr zu gehen, in der Annahme, daß sie, sobald die Tischen gefüllt sind, wieder die „nationalistischen“ Töne hervorholen und sich um eine Verantwortung herumdrücken werden. Gut! Der Mangel tiefer Korruption bleibt an ihnen haften und wenn sie sich noch so „national“ gebärden.

Die wirtschaftliche Tragödie im Reichstag ist zu Ende. Die Mehrheit hat ihren Willen durchgesetzt und auch die

Zolltarifvorlage Gesetz werden lassen. Aber einzig in der ganzen Welt steht es da, daß ein Rumpfparlament (denn an der Abstimmung beteiligten sich auch die Demokraten nicht) Beschlüsse von einer solchen volkswirtschaftlichen Bedeutung faßt. Noch im letzten Augenblick wandte sich die demokratische Abgeordnete Dr. Gertrud Bäumer gegen die unzulängliche geradezu dürftige Begründung der Zollvorlage und vor allem auch gegen die eigentümliche Ansicht des Reichstagners, die Frauen hätten keinen richtigen Maßstab gegenüber den Preistreibern. Jede Hausfrau wisse, sagte Gertrud Bäumer, daß unserem Volk vor allem die Erhaltung der Lebensfähigkeit und Lebenskraft, notwendig ist. Und die Lebenshaltung der Bevölkerung sei schon jetzt überaus kärglich. Die Auswirkung der Zollvorlage müßte diese Verhältnisse bis ins Unerträgliche steigern. — Auch das half nichts.

Ebenso verurteilte der demokratische Abg. von Richtigkeiten des Sinnlos der hohen Zölle auf Futtermittel dem Zollblock klarzumachen. Für Mais sei beispielsweise der geradezu ungeheuerliche Satz von M. 20 vorgehoben. Wie solle dabei der kleine und mittlere Viehzüchter bestehen können. Sein Vorschlag, einen Maiszol von M. 1.— festzusetzen wurde nicht der geringsten Beachtung für wert befunden. Richtigsten wies weiter darauf hin, daß dem Bauernum durch die hohen Zinsfußzölle alle Produktionsmittel ins Ungemessene verteuert würden. — Auch hierauf reagierte der Zollblock nicht. Es war alles abgeklärt und beschlossen. Die wirtschaftliche Diktatur etabliert sich.

Nimmt man alles in allem, dann tritt aus der vom Zollblock ausgeübten Ertrugulierung der Minderheit eine ungeheure moralische Niederlage

derjenigen Parteien hervor, die vor den Wahlen die Wähler mit Verprechungen fütterten und bei Uebernahme der Verantwortung kärglich verlagten. Wo ist das „nationale“ Getue geblieben? Im Sicherheitsangebot ist man ganz klein geworden. Wie ist's mit der Rettung der kleinen Rentner und Sparrer? Die können weiter hungern. Wie steht's mit der Aufbesserung der Beamtengehälter? Den Familien, den Hausfrauen wird der Brotkorb höher gehängt. Das sind die Reichsparteien, die uns retten wollten, im Spiegel der Wahrheit. Noch niemals vorher haben Parteien, die angeblich erftillig national geklungen sein wollen, eine faustschüttelnde Tätigkeit ausgeübt, wie in vorliegendem Falle. Die dem Reichsfinanzminister bewilligten Steuern betragen über 11 Milliarden. Die Mehrbelastung des Verbrauchs durch den Zolltarif einmaleriert Milliarden. Dafür kann sich das deutsche Volk bei den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei bedanken.

J. Dornblüth.

### Den Sieg des republikanischen Gedankens,

wie er in den Verfassungsfeiern zum unabweidigen Ausdruck kommt, muß auch die Reaktion widerwillig anerkennen. Während in der übrigen Reichspresse davon freudig vorfreudig geschwiegen wird, spricht die völkische Deutsche Zeitung unmutig aus, was ist. Sie stellt fest: „Das ist überhaupt noch eine vaterländische, eine nationale und völkische Bewegung gibt, merkt man auch tatsächlich überhaupt nicht mehr. Selbst die Presse der nationalen Rechten ist recht milde geworden. Vorübergehend ertregt man sich ein wenig über Geering, um aber sehr bald wieder in den Hintergrund zu treten. . . . Nach nie seit dem 9. November 1918 hat eine derartige Befreiungsbewegung nationaler und völkischer Belange, eine solche Unterdrückung vaterländischer Regungen Platz gegriffen, wie in den letzten Monaten.“ Etwas komisch wirken in diesem Zusammenhang die Drohungen, die die Deutsche Zeitung im Anschluß daran auszusprechen für gut befindet. Das rechtsradikale Blatt erklärt nämlich, die vaterländischen Verbände betrachten die „nationalistische Regierung“ und den „verehrten Generalfeldmarschall“ als Reichspräsidenten fettneswegs als den Embel aller vaterländischen Wünsche und es könnte eines Tages selbst unangenehme Uebertragungen geben. — Die vaterländischen Verbände werden sich die Sache überlegen. Bei seinem Antritt auf dem Staat und seine Verfassung werden sie auf Granit stehen.

### Wachproben engstirniger Parteidemagogie

darstellen. Schämten müßten wir uns vor dem Auslande und vor uns selbst darüber, wie die Regierungsparteien das große Werk der Finanz- und Steuerreform zu einem von vornherein abgeleiteten Schachergeschäft degradieren haben. Alle Gegenanträge wurden nicht nur niedergestimmt, sondern man hielt es garnicht der Mühe wert, auf sachliche Einwände und Anträge, die eine Entlastung der weniger tragfähigen Schultern verlangten und um die besonders der demokratische Abg. Dr. Fischer kämpfte, auch nur einzugehen. Sinter den Kullissen hatte man alles vorher verabredet und den Parlamentarismus zum Kaufhandel herabgewürdigt. Zur Verlesung der Schläge zunächst die Frage: Warum legte man bei der Veranlagung des fälschlichen Grundbesitzes zur Vermögenssteuer den Ertragswert und nicht den gemeinen Wert zugrunde? Wie will man diese ungeheuerliche Veranlagung des Grundbesitzes gegenüber den Bauern verteidigen? Man braucht wirklich kein Landwirt zu sein, um zu wissen, daß, wenn's an's Steuerzählen geht, der Ertrag der großen Güter immer merkwürdig gering angegeben im andern Falle aber ebenio merkwürdig der Grundbesitz als die vornehmste und produktivste Ernährungsquelle Deutschlands hingestellt wird.

Eine weitere Frage drängt sich auf: Weshalb der Reichsfinanzminister in einer Zeit, in der seiner Ansicht nach das Steuerbudget auch nicht den kleinsten Miskrit vertragen kann, in der er jede Gehaltsaufbesserung kategorisch ablehnt, den landwirtschaftlichen Großinteressenten eine Lebensgabe von 75,6 Millionen bewilligt hat. Auch das hat man hinter den Kulissen vorbereitet, sobald jeder Einwand verpuffen müßte. Und in welcher demagogischen Form man die Minderheit verewaltigte, geht daraus hervor, daß die Regierungsparteien den Antrag,

die im Einkommensteuergesetz festgelegte Höhe des steuerfreien Lohnanteils unter der Voraussetzung einer gewissen Einnahme-Entwicklung nach 6 Monaten einer Nachprüfung zu unterwerfen, zunächst gatt ablehnten, um ihn dann in fast genau derselben Formulierung selbst einzubringen und anzunehmen. Das heißt wirklich, die elementarsten Erfordernisse des parlamentarischen Anstandes einfach beiseite schieben und zu

schäufelstößten Nichtachtung der Minderheit überzugehen. Ein weiteres kommt noch hinzu. Der demokratische Abg. Brodau konnte feststellen, daß die Deutsch-nationale Volkspartei den demokratischen Antrag auf Freistellung der Handelsvertreter von der Umsatzsteuer ablehnt hat, obwohl dieselbe Partei ihn im Jahre 1922, als sie noch nicht Regierungspartei war, ebenfalls eingebraucht hat und durch ihren damaligen Führer Selbstherrlich energisch vertreten ließ.

Ein ähnlich handlungslos erhalten hat die Deutsche Volkspartei in der Frage der erhöhten Umsatzsteuer (Umsatzsteuer) gezeigt. Die Aufhebung der Umsatzsteuer wurde zunächst abgelehnt. Dann belam man sich in der Partei doch noch darauf, daß die vollständige Befreiung dieser die Qualitätsindustrie schwer schädigende Steuer ein Umding sei und griff unter Einwirkung der Regierung zu dem Ausweg eines schwächlichen Kompromisses, wonach

# Die Verfassungsfeier der Reichsbehörden

In Berlin ist am Dienstag programmmäßig verlaufen. Es erhebt sich nicht ganz unnötig, das Wort „programmatisch“ besonders zu betonen. Denn nachdem die gesamte deutsche Presse bei den Vorbereitungen über die Verfassungsfeier lediglich förmliche Worte für diesen „Kamast“, diesen „Kamast“ aufgewendet hatte, müßte man, wenn man diese Worte ernst nahm, irgend eines interstellaren Zwischenfalls bei der Veranstaltung in und vor dem Reichstag gewärtig sein. Aber nichts dergleichen hat sich ereignet. Daß die Völkischen und Kommunisten dem Reichstag an diesem Tage fernbleiben würden, war von vornherein anzunehmen; auch von den Deutschnationalen, deren Plan, die Verlegung des Reichstags bis zum Herbst bereits am Montag eintreten zu lassen, um nicht mit dem Feiertage des deutschen Volkes in irgendeine Verbindung zu kommen, täglich mißglückt war, waren nur ein paar Abgeordnete anwesend, aber immerhin, sie waren anwesend. Dazu kam, daß sämtliche deutschnationalen Minister, die in Berlin weilten, auch dem förmlichen Akte beiwohnten, und damit der Verfassungsfeier ihre Substanz darbrachten. Reichspräsident von Hindenburg hat die Deutschvölkischen enttäuscht; er beteiligte sich nicht nur an der Feier im Reichstag, sondern er schritt auch die Ehrenkompanie ab, die vor der Freitreppe des Reichstags aufgestellt genommen hatte (die „Deutsche Tageszeitung“ berichtet insoweit einige merkwürdigen Verlebens hieron nichts), er gab schließlich auch den Spitzen der Behörden und der Fraktionen zu Ehren der Verfassung ein Frühstück, bei dem die deutschnationalen Minister ebenfalls nicht fehlten. Kurz, die Verfassungsfeier vollzog sich an diesem 11. August genau so, wie es auch bei einem Kabinett Marx und einem Reichspräsidenten Ebert der Fall gewesen wäre. Daß die anwesenden Deutschnationalen sich der Feier ohne jeden geistigen Vorbehalt zur Verfügung stellten, dafür müßten wir nicht die Hand ins Feuer legen. Das sie feierten mit.

## Eine Zierde der Völkischen.

Bestrafter Verleumder.

Der Verleger der „Staffurter „Mitteldeutschen Presse“, der bekannte Antisemit **Hottentrot**, wurde kürzlich vom Schöffengericht Magdeburg wegen verleumderischer Beleidigung des Oberpräsidenten Söfing zu einer Geldstrafe von 1000 Reichsmark verurteilt. Dem Urteil liegt folgender Tafsatz zugrunde: Am 7. November verleschte **Hottentrot** eine Eingabe an das Staatsministerium, in der sich über den Oberpräsidenten Söfing folgender Passus befindet:

„Der Oberpräsident der Provinz Sachsen, **Otto Söfing**, war in der Nacht vom 1. zum 2. November 1922 in der Diele des jüdischen Besitzers **Kahlfeld** in Salze a. d. Saale und war dort so bezaubert, daß er eine Dame auf seinen Schultern reiten ließ und sich nur mit einem roten Bande, das er im Gebiß hielt, jenseit ließ wie ein Reittier. Die Feste betrug 65 000 Mark und wurde mit einem Scheß bezahlt.“

Die Nachfrist erschien kurz darauf in den verschiedenen Reichsblättern. **Höring** eroberte Beleidigungsklage. Diese endete mit der Verurteilung sämtlicher in Frage kommenden Redakteure. Nur der Urheber der Nachfrist konnte bisher nicht gefast werden. **Hottentrot**, der wegen verschiedener Straftaten, darunter auch wegen Diebstahls und Erpressung vorbestraft ist und im ganzen in anderen Sachen noch zweieinhalb Jahre Gefängnis abzumachen hat, entließ nach Bayern. Dort schieben er sich über zu fühlen, denn er verstande von seinem Verlust aus zahl-

## Die Provokation!

Von R. F o s s e l m a n n - Berlin.

(Aus: Das „Andere Deutschland“.)

Szene: Ein gutbürgerlicher Herrenamtstisch. Der Herr **Rat** läßt jeden eine gehäufte Whispy aus dem Stapel über die Niedertrakt der Franzosen, die gegen alle geheiligten Verträge und gegen jedes Recht das Rheinland weiterbesetzt hielten. Da saße man wieder, was die wahre Absicht dieser angeblich ritterlichen Kation wäre. — **Servit** und **Poincare** und **Fainleue**, — alles egal, alles Rechts- und Friedensbrecher. Alles nicht wieder und zustimmend mit den Köpfen und dann wendet sich das Gespräch wieder wirtschaftlichen Fragen zu.

Man spricht über den Verkauf aller Werte, über ACG-Aktion, Antitröcher Kabiner — und so mander von der Tafelrunde erzhle von den Verlusten, die er durch die Entwertung dieses oder jenes Wertpapiers zu beklagen habe. Man tritt sich schließlich um den Kurs irgend eines Antitröcherpapiers. Der Herr **Rat** zog den Votalsangeiger aus der Tasche und durchschlug den Handelssteil. — „Meine Herren, was ich Ihnen schon sagte: diese Aktien können Sie in den Ofen hängen.“ **Aln**, dachte ich, der Mann stellt den Votalsangeiger! Die große Gemeinde der Feiler dieses Blattes läßt sich hauptsächlich in zwei Gruppen scheiden: die erste: unentwertet alldelmit eingestellter speißbürglicher Stamm aus der Kriegs- und Vorkriegszeit, voller überhebenden Nationalbüchseis, offen eintretend für das rückfichtsloseste Machsprinzip im Völkleben — dabei aber offiziell kräftig frohm, also innerlich unwahrhaftig. — Die andere: Das große Heer der Stimmungstrottel, Menschen, deren Urteilvermögen durch die Empörung über die wirtschaftlichen Nöte und außenpolitischen Drangsalieren-

# Deutschland, Rußland und England.

Mit dieser Ueberschrift bepricht **Hans v. Eckardt**, eine in internationalen Fragen besonders fachkundige Persönlichkeit, in der neuesten Nummer „Die Hilfe“, die derzeitige russische Politik in ihrem Verhältnis besonders zu Deutschland. Er schreibt dazu:

„Man gebe es offen zu: die von Rußland erhofften wirtschaftlichen Vorteile sind nicht erzielt worden. Die Konzeptionen erweisen sich als unrentabel und eminent schwierig. Konfignationsänderungen in Rußland in größerem Maßstabe anzulegen, ist zurzeit sehr schwierig, und die Bestellungen der russischen Außenhandelsstellen halten sich in Deutschland in sehr beschränkten Grenzen. Ebenso ist es nichts mit den politischen Hoffnungen, die wir auf den Kapitalvertrag sehen konnten. Im Gegenteil: Rußlands Politik ist nicht wieder in den Weltzusammenhang hineingemündet, sondern befindet sich nach wie vor im allerhöchsten Gegenatz zu England und den Vereinigten Staaten.“

Zusammenfassend ipricht sich Herr v. **Eckardt** dahin aus, daß sensationelle Ereignisse in Orieuroipa kaum erwartet werden können.

Rußland dürfte weiter bemüht sein, mit Hilfe seiner revolutionären Propaganda China und die Kolonialvölkler gegen England in Bewegung zu bringen. Das Ziel dieser Politik dürfte auch weiterhin darin bestehen, die in Moskau so peinlich empfundene „finanzielle Notlage“ zu durchbrechen und London und New York darauf zu verweisen, daß es billiger und praktischer wäre, den Russen diese Agitation gewissermaßen abzutunen und ihnen eine Anleihe zu gewähren. An diesen Maßnahmen-

ten einer Erpreßungspolitik teilzunehmen, hat das Deutsche Reich nicht die geringste Veranlassung.

Politisch vermag uns also Rußland heute, kontrei genommen, so gut wie gar nicht zu helfen, und wirtschaftlich bietet es uns zurzeit außerordentlich wenig. Man wird also einer Wutstieherhaltung der fragwürdigen Intimität zwischen Deutschland und Rußland im Sinne des längst überholten Kapitalvertrages kaum das Wort reden können. Es wird daher nichts anderes übrig bleiben, als abzuwarten, ob und wann die Union der Sowjetrepubliken den Rückweg zur Weltwirtschaft und zur allgemeinen Weltpolitik zu finden imstande ist. Bis dahin werden wir genötigt sein, ohne Hinblick auf Moskau, unsere Interessen in Westeuropa mit den uns entsprechend ersehenden Mitteln durchzugehen. Die Sicherheitsfrage und der Eintritt in den Völkerbund dürfen nicht stranden an der Fiktion einer Freundschaft mit Moskau, die jeden inneren Sinn zurzeit verlohren hat.

Etwas anderes ist es natürlich, ob wir uns dazu ge- brauden lassen, in eine antirussische Front einzurücken. Hier vor in nachdrücklicher Weise und so einfließen wie nur möglich gemacht werden müssen. Es gibt keine deutsch-russischen Gegenätze dieser Art. Deshalb wäre nichts verhängnisvoller als eine Teilnahme an antirussischen Demonstrationen des englischen Imperialismus. Gerade weil wir mit Hilfe des Sicherheitspactes und womöglich auch des Völkerbundes aus unserer gegenwärtigen Lage herauskommen bemüht sein müssen, dürfen wir nichts tun und zulassen, was unserer Zukunft schaden könnte. Diese Zukunft liegt aber ganz ohne jede Frage in der Ausübung einer lebenskräftigen deutsch-russischen Gemeinschaft.“

reide beleidigende und verhöhrende Briefe an die Staatsanwaltschaft, das Gericht und die Magdeburger Polizei. Schließlich wurde **Hottentrot**, der sich in Königsborn, unmittelbar bei Magdeburg, eine Villa mietete und dort mit seiner Familie unter dem Namen eines Rechnungsrates a. N. hütete wohnte, dingstelt gemacht. Er dreht wie er in Bayern war, so klein gebärdete er sich vor dem Gericht. Er versäufte darauf, den Nachrehts- beweis anzutreten, und beschränkte sich lediglich darauf, den § 193 zu seinem Schutz anzurufen. Der Staatsanwalt beantragte 600 Mark Geldstrafe. Die Verleibiger der Nebenkläger, des Oberpräsidenten **Söfing** und des durch das falsche Gerücht schwer geschädigten **Goltwitzer**, die Rechtsanwältin **Dr. Hammerling** und **Dr. Baeren- springer**, beantragten 6 Monate Gefängnis und eine Buße von 5000 Mark. Das Gericht erkannte auf die oben er- wählte Strafe.

## Hindenburg

### und die bayerische Eigenart.

Der Reichspräsident hat seinen Besuch in München, den er noch am Verfassungstage antrat, nach seiner eigenen Aussage unternommen, um mit den Bayern enge persönliche Beziehungen zu unterhalten und ihre leitenden Männer in unmittelbaren Meinungsansatz fennenzulernen. Die leitenden Männer in Bayern aber möchten diesem Besuch noch eine andere Bedeutung geben: Sie erfordern, wie sich der bayerische Ministerpräsident **Held** ausriete, darin das Bekenntnis nicht nur der vollen Anerkennung der Eigenstaatlichkeit unseres schönen Heimatlandes, sondern auch die restlose Wärdigung seiner Bedeutung im deutschen Reich“. **Dr. Held** sprach weiter von der Eigenart seines Landes und bat, nicht zuzulassen, „daß die Einzelstaaten

einer weiteren Verkümmern zugeführt werden“. Achtliche Aeußerungen machte auch der Landtagspräsident **Königsauer**. Präsident von **Hindenburg** erwiderte hierauf mit besonderer Wertigkeit. Es ist allerdings nicht recht verständlich, weshalb sich Ministerpräsident **Dr. Held** mit seinen Künmerneissen so intensiv an den Reichspräsidenten wendet. Warum bemerkt er sich nicht zunächst bei der Bayer. Volkspartei, die doch als Koalitionspartei die ganze letzte Gesetzgebung mitbestimmt hat?

## Auslandsdeutsche gegen die Deutschvölkischen.

Unsere Deutschvölkischen suchen es immer so darzustellen, als ob gerade die „Belange“ der im Ausland lebenden Deutschen mit besonderer Liebe und Aufmerksamkeit zu betrachten. So haben sie denn kürzlich aus agitatorischen Gründen im Reichstag einen Antrag eingebracht, der u. a. für die in geschlossenen Siedlungsgebieten im Ausland lebenden Deutschen eine Vertretung im deutschen Reichstag fordert. Wahrscheinlich haben die Deutschvölkischen geglaubt, mit diesem unsinnigen Antrag sich die Meinung der Auslandsdeutschen zu erwerben. Wie es aber damit sieht, zeigt eine Auslassung der „Deutschen Rundschau in Polen“, in der es heißt: „Wir sehen uns aus politischen Gründen genötigt, den zweiten Antragspunkt, so gut er auch gemeint sein mag, eindeutig abzulehnen. Die Gemeinsamkeit unseres Volkstums, die Gemeinschaft der großen deutschen Kulturgemeinschaft steht auch auf unserem Programm; aber wir achten die staatlichen Grenzen, und eine Vertretung im Staatsparlament des deutschen Reiches kommt uns nicht zu.“ — Ein böser Reinfall für den **Abg. v. Graefe** und Konjorten!

gen unseres Volkes so getrübt ist, daß sie die Ursachen und Zusammenhänge unserer Leiden nicht mehr klar zu erkennen vermögen und jedem geschichtlichen Nationalitätlichen Vragenheld ins Garn laufen. Dieser Haufen wehelt, wie das Wild, von einem Wald in den andern, von einer Partei zur andern — oft von einem Extrem ins andere.

Es müßte interessant sein, festzustellen, welcher von diesen beiden Gruppen der Herr **Rat** angehört. Die Unterhaltung wurde zu diesem Zweck mit einigen Geistlich wieder auf das Thema „Krieg“ hindübergerleitet. Mein Freund sagte: „Was ist nun Schuld an all diesen Vebeln? Die Niederlage! — Der Herr **Rat**: „Jawohl, der durch Revolution verlorene Krieg und unsere Schieberpublik!“ — **Ich**: „Ein Volk, das über 4 Jahre hindurch täglich 1150 Tote — hören Sie — täglich 1150 geuakten uns Leben gebrachte Ansehbrüge und 500 täglich in der Heimat verhungerte bekämpfen mußte, — eine tapfere Nation, die der erschreckend Liebermacht nach unglücklichen Keiden und Entbehrungen schließlich erliegen mußte — für dieses Volk — Herr **Rat**, dürfen Sie doch wohl allergnädigst eine kleine Anerkennung übrig haben!“ — Der Herr **Rat**: —

„Ja, wenn das von der Heimat germdierte Heer nur noch 13 Tage gestanden hätte, — die Engländer piffen doch schon auf den letzten Loch!“ Der Mann konnte, von der Deffe seines Vebellates verdundt, nicht mehr klar sehen und geredet werden; es war also vergeblich, ihn belehren zu wollen. — Mein Freund: „Ich sprach vorher von dem Krieg im allgemeinen, als ich ihm die Schuld an allen Vebeln beimag. Ich wollte nur darlegen, wie der ewige Zwist unter den Völkern ihre Kräfte verzeht und Siegern und Besiegten schließlich nur Leiden aufzulegt!“ — Der Herr **Rat**: „Solange es Menschen gibt, ist es immer so gewesen, es wird also immer so bleiben.“ — **Ich**: „Diese Solwfolgerung ist nicht ganz richtiglich, denn es gibt beispielsweise keine Kriegsprözeße mehr; lohnt es sich denn nicht, ernstlich den Versuch zu unternehmen, die Welt von diesem Vebel zu erlösen, — viellecht durch Zusammenschluß aller derjenigen Verbände in allen Ländern, die für die Verhängung unter den Völkern grundständig ein-

treten?“ — Der Herr **Rat**: „Ach, Anfinn, es ist vergebliche Liebesmühe, den Menschen den Egoismus austreiben zu wollen; das ist eben ein in uns liegendes gebilener Rest von **Maivismus**: Das große Tier frißt das kleine mit anderen Worten: Nacht geht vor Recht in dieser irdischen Welt — das werden Sie nicht ändern.“ — „Ich allein selbstverständlich nicht. Aber wollen Sie nicht zugeben, daß ein Rechtszustand schon aus Gründen der Vernunft und Menschlichkeit angestrebt werden müßte, und daß der ethische und wahrhaft religiöse Mensch diesen **Maivismus** grundständig ablehnen muß? Sonst wird die Weltmachtslosigkeit doch zum hohen Wert!“ — Der Herr **Rat** mit überlegenem mitleidigen Nacheln: „Herr, sind Sie so naiv, diese Dinge ernst zu nehmen?“

Diese Frage blieb unbeantwortet. Es entstand eine kleine, peinliche Pause. Dann begann ich von neuem: „Sie meinen also, Herr **Rat**, daß die stärkeren Tiere immer die schwächeren fressen?“ — „Ja, natürlich.“ — „Und Sie meinen auch, daß das so bleiben müße und werde?“ — „Ja, selbstverständlich doch.“ — „Aber dann verzeihe ich nicht, weshalb Sie sich vorher so über die Franzosen entäußerten. Die bringen doch nur Ihre Grundzüge zur Anwendung!“ Der Herr **Rat** stutze, bildete einige Sekunden verlegen vor sich hin und antwortete dann gerizt: „Ich war nicht entriüf!“ Wieder eine kleine Pause. „Dann verzeihe ich Ihre an den Franzosen geübte Kritik nicht — oder ich habe Sie n a c h e r nicht verstanden.“ — Der Herr **Rat** fertig: „Die Logik ist sehr einfach: wir müßen eben sehen, daß wir wieder oben zu liegen kommen, verzeihe Sie miß?“ — Ich mit Nachdruck: „Ja, ich verzeihe Sie sehr vollkommen!“ Peinliches Schweigen allerseits. Nach einer längeren Pause ein dritter Herr: „Herr **Rat**, ich finde, Sie sind dem Herrn die Antwort schuldig geblieben auf die Frage, weshalb Sie über die Franzosen so entriüflet waren!“ Der Herr **Rat**, mit der schlauen Hand auf den Tisch schlagend, den Fragenden in großer Enttäufung ansiehend: „Ich war nicht entriüflet verzeihe Sie miß, ich verzeihe mir die Protontation!“ — Damit war die Unterhaltung zu Ende.

„Es gingen zwei Menschen hinauf in den Tempel, zu...“

„So begann das Evangelium des letzten Sonntags...“

Schlechte Mimik.

Die Deutschnationale Volkspartei sinkt durch die unwürdige Art, in der sie politisch auftritt...

Gegen den badischen Kultusminister Hespach.

hatte die Deutsche Hochschulleitung vor einiger Zeit einen heftigen Angriff gerichtet wegen seiner Stellungnahme...

In dem neuen bis zum 30. November d. J. reichenden Notetat ist der Reichsfinanzminister ermächtigt...

Gelegentlich der Beratungen über Wohnungsaufbesserungen in Hauptausführung des Reichstages wurde von Vertretern der Regierungspartei interpelliert...

Mitglieder! Gefinnungsfreunde!

Das Verhalten der Reichspartei bei der Steuererhebung, bei der Zollvorlage und in unserer Außenpolitik...

öffentlichen Skandal

aus. Die Wähler, denen sie Versprechungen über Versprechungen gemacht haben, werden getäuscht und hintergangen.

Zur Aufklärung wird deshalb am Sonnabend, den 5. September, eine große öffentliche Versammlung im Thaliaaal stattfinden, in der

Handelsminister Dr. Schreiber

über aktuelle politische Fragen sprechen wird. Wir machen schon heute auf diese wichtige Versammlung aufmerksam.

Berein der Deutschen Demokratischen Partei in Halle.

Der Berliner Polizeipräsident greift durch.

Im Hinblick auf die Vorkommnisse der letzten Tage, wo große Trupps Reiteradulater und Halentreuzler die Straßen im Westen anfallen...

„In den letzten Tagen ist es in einigen besonders belebten Stadtbezirken zu Zusammenstößen zwischen politischen Gegnern...“

Ich weise darauf hin, daß strafbare Handlungen zu sühnen, einzig und allein Aufgabe der Staatsgewalt — Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte — ist...

Anzüge, deren Teilnehmer erkennen lassen, daß sie nicht zum Zwecke friedlicher Demonstrationen zusammengekommen sind, sondern um Unruhen zu verüben...

Auch in Halle gibt es ein solches Raddatum, das Passanten auf offener Straße anpöbelt, weil ein Abzeichen in den Staatsfarben sein Mißfallen erregt.

Demokraten!

Euer Parteiblatt ist der „Politische Wegweiser“

Werbte Abonnenten unter Mitglie den und Freunden!

Der Aufsatz des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“. Eindrucksoll und würdig war der Aufsatz der vielen Tausende, die aus dem Reichsbanner...

In feierlichen Gedenken der im Kriege gefallenen Kameraden entblöhten die vielen Tausende die Säupter und verarbeiteten schweigend mit gesenkter Stirn...

Idiot oder Dügner.

Durch einstimmig gefasste Beschlüsse des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, dem Vertreter aller Parteien...

- 1. Uebendort ist die Ansicht des Staatssekretärs Kühlmann, wonach der Krieg mit den Waffen allein nicht entschieden werden könne... 2. nach Scheitern der Gesamtoffensive die politische Führung über die Lage nicht klar und eindeutig unterrichtet habe... 3. das völlig übertriebene Waffenstillstandsangebot von der Obersten Heeresleitung gegen den Willen der Reichsregierung durchgelehrt wurde und 4. daß der militärische Sachverständige, Oberst Schwerdtreger, die Ansicht vertrat: Wenn der Oberste Kriegsherr den General Uebendort im Juli 1917 wegen Weigerung vor ein Kriegsgericht stellen ließ, waren wir geteilt.

Außerdem sei im Zusammenhang mit Vorbehenden darauf hingewiesen, daß in einer neuerdings erscheinenden Schrift des Statistisches Bundes Dr. Eugen Herf, über die es in Nr. 164 der Halleischen Rechtspreßzeitschrift, daß sie eine wertvolle Bereicherung der Besichte des deutschen Leserganges bildet, daß in dieser Schrift im Vergleich zu dem ersten freigelegten Vorkommen 1914 bei dem Obersten Heeresleitung völlig verlagert habe über die letzte Offensive folgendes zu lesen ist: „Dieses ist ein verwegener übermenschlicher Versuch der Führung, die siegreiche Entscheidung zu erzwängen. Die Truppe tat auch jetzt wieder ihre volle Pflicht, war aber, in vierjährigen Kampf verbraucht, nicht mehr imstande, gegen eine gewaltige Uebermacht, den unmöglichen Erfolg zu schaffen.“

Trotzdem alle diese Feststellungen offensichtlich für jedermann vorliegen, bringt der „Aller Deffauer“ am 6. August wieder einen Artikel, in dem neben anderen gemeinsamen Beschlüssen behauptet wird, daß jedes Heimatsgelehrter den Verräterdöhr der im Leben und Tode getreuen Front in den ungeschützten Rücken gelassen habe.“

Wir können diese fortgesetzte ungebührliche Beschlüpfung des deutschen Volkes durch den „Aller Deffauer“, das Blatt angeblich nationaler Verbände, nur damit beantworten, daß wir ihn auffordern, bis von den Ueberschriftsetzern eins als die ihm gebührende Beschlüpfung auszulassen.

## Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Gau Halle.

Für die zahlreiche und mühsertätige Beteiligung zum „Mitteldeutschen Reichsbannerstag“ am 8. und 9. August in Halle, sagen wir allen Reichsbannerkameraden  
herzlichen Dank.

Auch allen denen, die uns durch Ueberlassung von Quartieren und durch sonstige Mitarbeit, freundlich unterstützt haben, herzlichen Dank. Alle, die in irgend einer Weise zu dem Gelingen unserer

### herzlichen republikanischen Kundgebung

beitragen haben, werden von dem Erfolg unserer gemeinamen Bemühungen voll befriedigt sein. Wir haben alle in einer wichtigen politischen Aufgabe und an einem schönen kulturellen Werte, zum Nutzen der deutschen Republik gewirkt.

Frei Heil!

Die Gauleitung Halle.

## Der Fragesteller

Ludendorff in Schneidemühl. Die Wölftchen, die mit den niedrigsten Propagandamitteln im Schneidemühler Optantenlager für ihre Sache zu werden verlusten, haben neuerdings den General a. D. Ludendorff ins Lager geschickt. Ludendorff sprach einmal auf der Straße zu agitierten, war ihm vom Lagerkommandanten verwehrt worden. — Also auch hier meldet sich Ludendorff wieder! Eigentlich müsste ihn im Kreise der aus Polen vertriebenen Deutschen doch — wir wollen uns ganz gelinde ausdrücken — eine gewisse Befangenheit befallen. Niemand anders nämlich, als Herr Ludendorff, ist der Verantwortliche für die berühmte Polenproklamation von 1916, in der Polens Selbständigkeit verkannt wurde. Sich unter diesen Umständen unter die Vertriebenen zu stellen und große Töne zu reden, das bekommt allerdings nur Herr Ludendorff fertig. Können wir auf solche völkischen Heldentaten nicht stolz sein?

## Aus den Vereinen

Deutsche Friedensgesellschaft e. V., Ortsgruppe Halle. Eine dieser Tage im Restaurant St. Nikolaus stattgefundenen Mitgliederversammlung der Ortsgruppe hat beschlossen, die Werbearbeit für den Friedensgedanken mit erhöhter Aktivität aufzunehmen. Die erste öffentliche Versammlung ist für den Monat September geplant, in der der bekannte Marineschriftsteller Kapitän z. S. Persius sprechen wird. Des weiteren sind allmonatlich Mitgliederversammlungen im „Schwarzen Bär“ vorgesehen, die jeweils am 1. oder 2. Mittwoch im Monat stattfinden. In den Vorstand der Ortsgruppe wurden gewählt: Gräfin Dolna (Vorsitz), Felix Sabidt, Erich Wege, Maria

Grauert, Adolf Schleh, Marie Koperi. Anmeldungen für die Ortsgruppe sind an Felix Sabidt, Satz 42-44, zu richten.

Jugenddemokraten Halle. Wir treffen uns am Dienstag, den 18. August, abends dreizehnelbst acht an der Paulstraße (am Haupteingang). Es ist ein Spaziergang nach dem Galgenberg geplant. Da an diesem Abend auch Bericht über den Altenburger Reichsjugendtag gegeben wird, bitten wir ein vollständiges Erscheinen.

## Neue Bücher

Dr. Paul Dertmann, Der politische Postfot. Berlin 1925. Verlag von Franz Vahlen.

Postfot ist ein gesellschaftliches Kampfmittel, das sich in der Verurteilung des Gegners äußert. Im Verfassungssachen spielt es in den Kämpfen zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber eine Rolle und ist eine Bereicherung bei Strafs. Der Unternehmer soll durch die Verurteilung, die sich auf seine Erzeugnisse richtet, vom wirtschaftlichen Verkehr ausgeschlossen und somit gezwungen werden, sich gegenüber den Forderungen der Arbeiter bereitwilliger zu zeigen. Macht man den Begriff weiter, so ist der Postfot nicht ausschließlich ein Kampfmittel der Arbeiterklasse. Auch der Unternehmer macht von der Verurteilung Gebrauch.

In der genannten Schrift geht Dertmann auf das juristische Wesen des Postfots (Parieren, Mittel, Zweck) ein und erörtert anschließend die Rechtsfolgen, besonders des politischen Postfots, in instruktiver Weise.

## Mitteilungen

### Ein Bubenakt.

In der Nacht vom 11. zum 12. sind die an unserer Geschäftsstelle, Leipziger Straße 21, zur Verfassungsfeier herausgehängten Fahnen an mehreren Stellen durch Uebergießen mit Tinte beschmutzt worden. Nachdenbisherigen Feststellungen kann die Tat nur von Personen verübt sein, denen die über der Geschäftsstelle liegenden Wohnräume zugänglich waren. Die polizeilichen Ermittlungen sind im Gange. Es wird selbstverständlich Strafantrag gestellt, um den Schmuzzfinken, die nicht einmal ihre eigenen Staatsfarben achten, einen gehörigen Denkzettel zu verabsolgen.

Verantwortlich für die Schriftleitung: J. B. Johannes Dornblüt; für den Anzeigenteil und Verlag: Deutsche Demokratische Partei. Sämtlich in Halle. Druck: Buchdruckerei der Allgemeinen Zeitung, Delitzsch.

**Postfot**

für Freiheit und Vaterland

für Monat August 1925

und bitte den Preisvermerk  
von monatlich 50 Pfennig  
gebühren von mit einbringen

Name \_\_\_\_\_

Str. \_\_\_\_\_

Ort \_\_\_\_\_

Einlage \_\_\_\_\_

Zin die \_\_\_\_\_

Exemplar \_\_\_\_\_

Sich bestellte hiermit \_\_\_\_\_

„Politischer Wegweiser“  
Mitteldeutsches Wochenblatt  
für Freiheit und Vaterland

## Geradezu Wunder

wirkt oft Dr. med. G. Campe's Magenmittel „Stomano“ bei Appetitlosigkeit, Sodbrennen, saurem Ausstoßen, Gefühl des Vollesseins in der Magengegend, Spannung und Beengung im Leibe, Atemnot, Unfähigkeit klar zu denken, Magendrücken, Magenschmerzen, Magenkrampf, Magenbeschwerden, akutem und chronischem Magenkatarrh. Die Beschwerden und Schmerzen lassen in den meisten Fällen bald nach, schlechte Verdauung wird behoben, übermäßige Gasbildung verhindert, vorhandene Blähungen aus dem Körper geschickt.

**Lesen Sie, was ein Magenkranker schreibt:**

Ersache höchst, mir postwendend eine 2. Sendung Stomano-Tabletten anher zu senden. Gen. Tabletten haben mich von meinen furchtbaren Magen- und Leibschmerzen schon so kuriert, daß ich doch wieder Lebensfreude gewann, was jahrelange ärztliche Behandlung nicht zu Stande brachte. Der Nachbrennend entgegensehend seiend  
mit vorzüglicher Hochachtung  
R. M. Kim.

Lautingen a. D., 21. 7. 25.

Solche Dankschreiben gehen zahlreich und unaufgefordert ein.

**Es gibt in der Tat nichts  
besseres für Magenkranker.**

Sämen Sie daher nicht Dr. med. G. Campe's „Stomano“ kennen zu lernen. Wir geben Ihnen Gelegenheit dazu, ohne daß Sie für den Versuch einen Pfennig auszugeben brauchen. Verlieren Sie keine Zeit, sondern schreiben Sie noch heute eine Postkarte an Dr. med. G. Campe, G. m. b. H., Magdeburg-Neustadt, und Sie erhalten sofort kostenlos und franco eine Gratisprobe „Stomano“ nebst einer interessanten Broschüre.

**Lebensmittelhaus  
Martha Grauert**

Halle-S., Neunhäuser Nr. 3

Spezial-Geschäft für

Qualitäts-Margarine :: Molkerei-Butter  
Mehl :: Konserven :: Landesprodukte

**Saul Seyffarth**  
Malermaler

Halle a. S., Krukenbergstr. 9

empfiehlt sich

zu allen in sein Fach schlagenden  
Arbeiten

**Gewissenhafte Ausführung**

**BUCHDRUCKEREI  
„ALLG. ZEITUNG“  
DELITZSCH**

liefert alle  
Druckarbeiten

**Möbel-  
Ausstellung**

Verkauft gegen  
**ganz bequeme  
Teilzahlung**

Möbel für 50 Mk.  
Anzahlung 10 Mk.

Möbel für 100 Mk.  
Anzahlung 15 Mk.

Möbel für 200 Mk.  
Anzahlung 30 Mk.

Möbel für 300 Mk.  
Anzahlung 45 Mk.

Möbel für 400 Mk.  
Anzahlung 60 Mk.

Möbel für 500 Mk.  
Anzahlung 75 Mk.

Möbel für 600 Mk.  
Anzahlung 90 Mk.

Möbel für 700 Mk.  
Anzahlung 105 Mk.

Möbel für 800 Mk.  
Anzahlung 120 Mk.

Möbel für 900 Mk.  
Anzahlung 135 Mk.

Möbel für 1000 Mk.  
Anzahlung 150 Mk.

Möbel für 1100 Mk.  
Anzahlung 165 Mk.

Möbel für 1200 Mk.  
Anzahlung 180 Mk.

Möbel für 1300 Mk.  
Anzahlung 195 Mk.

Möbel für 1400 Mk.  
Anzahlung 210 Mk.

Möbel für 1500 Mk.  
Anzahlung 225 Mk.

Möbel für 1600 Mk.  
Anzahlung 240 Mk.

Möbel für 1700 Mk.  
Anzahlung 255 Mk.

Möbel für 1800 Mk.  
Anzahlung 270 Mk.

Möbel für 1900 Mk.  
Anzahlung 285 Mk.

Möbel für 2000 Mk.  
Anzahlung 300 Mk.

usw. usw.

**Herrenzimmer  
Wohn- und  
Schlafzimmer  
Korbmöbel  
Kinderwagen  
Aparat-Küchen  
sowie einzelne  
Möbelstücke**

als: Sofas, Ruchelchen, Bettstellen u. Matratzen, Schränke, Vertikos, Kommoden, Spiegel, Küchenzubehöre, Tische, Stühle usw.  
Kredit auch nach auswärts.

**Möbelhaus  
N. Fuchs**

Halle (Saale)  
Große Ulrichstraße Nr. 38  
I., II. und III. Etage  
(im Hause der Nordsee).  
☎ Acto-Laden ☎

**Unsere Presse ist der Bahnbrecher  
der Republik und Demokratie!**

Solange wir nicht mehr Verständnis  
für unsere Presse aufbringen, ist alle  
Arbeit vergeblich.

Verbreitet den  
**„Politischen Wegweiser“**  
um demokratische Gedanken zu verbreiten.

**Werbt neue Leser!**

Bestellzettel am Schluß dieser Nummer.

**Wossische Zeitung**  
mit ihrem Weltdienst

BEILAGEN:

Zeitbilder / Finanz- und  
Handelsblatt / Umschau in  
Technik und Wirtschaft  
Literarische Umschau  
Redu. u. Leben / Musikblatt  
Für Reise und Wanderung

Bestellungen beim Verlag, Berlin SW 68  
oder bei der Post für 4.30 Mark monatlich,  
zuzüglich 26 Pf. Bestellgeld.

Geben erhitzen:

**Demokratische  
Kritik an der  
Zollvorlage.**

Eingeschriebenen Mit-  
gliedern steht diese kleine  
Schrift, soweit der Vor-  
rat reicht, kostenlos in  
unserer Geschäftsstelle,  
Leipziger Straße 21  
zur Verfügung.

Werbt  
neue  
Abonnenten!

# Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend, monatlich fünfmal in Wochenheften. Bestellungen nehmen die Buchhandlungen, Verlagsbuchhandlungen, Druckereien, Buchbinder, Verleger, Vertriebsstellen, Postämter und der Verlag Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21, entgegen. Preis: 10 Pfennig. Einzelhefte 5 Pfennig. Ein Jahrgang 10 Mark. Der Preis für den Auslandsendung beträgt 12 Mark. Der Preis für den Auslandsendung beträgt 12 Mark. Der Preis für den Auslandsendung beträgt 12 Mark.

Anzeigenpreis: Für die erste Spalte 10 Pfennig pro Zeile. Für die zweite Spalte 8 Pfennig pro Zeile. Für die dritte Spalte 6 Pfennig pro Zeile. Für die vierte Spalte 4 Pfennig pro Zeile. Für die fünfte Spalte 3 Pfennig pro Zeile. Für die sechste Spalte 2 Pfennig pro Zeile. Für die siebte Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die achte Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die neunte Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die zehnte Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die elfte Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die zwölfte Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die dreizehnte Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die vierzehnte Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die fünfzehnte Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die sechzehnte Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die siebenzehnte Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die achtzehnte Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die neunzehnte Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die zwanzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die einundzwanzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die zweiundzwanzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die dreiundzwanzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die vierundzwanzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die fünfundzwanzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die sechsundzwanzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die siebenundzwanzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die achtundzwanzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die neunundzwanzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die dreißigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die einunddreißigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die zweiunddreißigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die dreiunddreißigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die vierunddreißigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die fünfunddreißigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die sechsunddreißigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die siebenunddreißigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die achtunddreißigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die neununddreißigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die vierzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die einundvierzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die zweiundvierzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die dreiundvierzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die vierundvierzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die fünfundvierzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die sechsundvierzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die siebenundvierzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die achtundvierzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die neunundvierzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die fünfzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die einundfünfzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die zweiundfünfzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die dreiundfünfzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die vierundfünfzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die fünfundfünfzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die sechsundfünfzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die siebenundfünfzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die achtundfünfzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die neunundfünfzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die sechzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die einundsechzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die zweiundsechzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die dreiundsechzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die vierundsechzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die fünfundsechzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die sechsundsechzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die siebenundsechzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die achtundsechzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die neunundsechzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die siebenzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die einundsiebzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die zweiundsiebzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die dreiundsiebzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die vierundsiebzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die fünfundsiebzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die sechsundsiebzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die siebenundsiebzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die achtundsiebzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die neunundsiebzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die achtzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die einundachtzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die zweiundachtzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die dreiundachtzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die vierundachtzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die fünfundachtzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die sechsundachtzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die siebenundachtzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die achtundachtzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die neunundachtzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die neunzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die einundneunzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die zweiundneunzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die dreiundneunzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die vierundneunzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die fünfundneunzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die sechsundneunzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die siebenundneunzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die achtundneunzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die neunundneunzigste Spalte 1 Pfennig pro Zeile. Für die hundertste Spalte 1 Pfennig pro Zeile.

Nummer 23

Halle (S.), Sonnabend, 15. August 1925

1. Jahrgang

## Ueber 12 Milliarden an Steuern u. Verbrauchslasten Ludendorffs Agitation im Opatowitzlager verboten.

### Parlamentarische Korruption.

Man erinnert sich mit welchem Geschehen die Reichsregierungen, als sie die Opposition ihre Verantwortung für die Regierungsbefehle trugen, wohl aber die weitgehende Redefreiheit im Parlament genossen und von ihr auch Gebrauch machten, Kritik an dem parlamentarischen demokratischen System geübt haben. Im Wahlkampf, in jeder Versammlung, in jedem reaktionären Blättchen wurde der Parlamentarismus als korrupt und verrottet und als „Fäulnis der öffentlichen Meinung“ losgerissen (sagen die Gegner) und den Wählern gefolgt: „Laßt uns nur erst ans Ruder kommen, dann werden wir dafür sorgen, daß der Parlamentarismus geläubert und gereinigt wird.“ Jetzt ist die deutschnationale Regierung über ein halbes Jahr im Amt, die Regierungsparteien haben die parlamentarische Macht und die Folge ist, daß sich im Reichstag bei den Steuerfragen und bei der Zollvorlage Szenen abspielen haben, die nichts anderes als die Durchführung von

solow bisher freie Waren steuerpflichtig gemacht werden sollen. Die dem Steuermonstrum verfallt dieselbe Zolltarifpartei zur Annahme, die am 10. Januar 1925 folgenden Antrag Dr. Scholz und Genossen einbrachte:

Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu erlauben, dem Reichstag baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die erhöhte Umsatzsteuer auf Waren zur Stärkung der Qualitätsarbeit aufhebt.

So sieht die Deutsche Volkspartei von Januar und vom August 1925 aus. Und wenn das nicht parlamentarische Korruption höchsten Grades bedeutet, dann fehlen einem die Worte, um politische Immoralität mit der gebührenden Bezeichnung zu belegen.

Eine in allen Parlamenten der Welt bisher beispiellose

Proklamations brutaler Gewalt gegenüber der parlamentarischen Minderheit bedeutet weiter das Vorgehen der Regierungsmehrheit bei den Zolltarifverhandlungen. Wenn man fragen, die nicht allein in das wirtschaftliche Leben jedes einzelnen, sondern in den ganzen Komplex handelspolitischer Verbindungen und industrieller Arbeits- und Exportmöglichkeiten auf das tiefste einschneidet, in einem solchen Durchschneidungspunkt behandelt und der Minderheit fast jede sachliche Widerlegung unmöglich macht, dann kann man von einem parlamentarischen System überhaupt nicht mehr reden. Allem bisher Vorgegangenen dabei die Krone aufzusetzen, war dem volksparteilichen Abg. Scholz vorbehalten. Dieser „Volkstreter“ stellte sich auf den Standpunkt, daß es genüge, wenn die Zollfragen im Ausschuss behandelt würden, das Plenum des Reichstages sei nicht dazu da, um, wie er sich ausdrückte, nochmals alles wiederzuzahlen. Dabei liegen die Dinge in Wahrheit so, daß gerade die Vertreter der Regierungsparteien sich an den Ausschussberatungen so gut wie garnicht beteiligen haben, sondern die Zollfrage unter sich vereinbaren und so

auch die Zollpolitik zum Schandergeschäft gemacht haben. Daß die Opposition in den zwei ihr für die Plenarberatungen zugehörigen Stunden auch hier nicht im entferntesten in der Lage war, ihre Ansichten über die Auswirkung einer solchen Gesetzesvorlage klarzulegen, ist ohne weiteres ersichtlich. Der Zweck jeder parlamentarischen Aussprache, Gründe und Gegengründe vorzubringen und zu erörtern, wurde also von vornherein als solche so gut wie ausgeschlossen.

Der Führer der demokratischen Partei, Abg. Koch, hat die Regierungsparteien noch in letzter Minute gewarnt. Vergebens! Er wies mit Recht darauf hin, daß das deutsche Volk für die so schon hochgehenden Volkseindoshaftungen als ein natürliches Recht eingehende und sachliche Beratungen im Reichstag haben müsse. Auch vergebens! Er rief der Mehrheit zu, daß sie mit ihrer parlamentarischen Diktatur eine Verantwortung übernehme, die so ungeheuer sei, daß er diese Mehrheit um die Verantwortung nicht beneide. Alles vergebens! Ist es wirtschaftliche Verantwortung, oder ist es ein bis zur politischen Engstirnigkeit vorgeschrittener Machtmissbrauch, der die Mehrheitspartei treibt? Das eine ist klar, daß sich ein Volk, dem die Verfassung seine politische Minderheit und Mitarbeit garantiert, auf die Dauer eine solche Behandlung der Vertreter einer augenblicklichen politischen Minderheit nicht gefallen lassen kann und wird. Vorläufig können die Regierungsparteien für sich buhen, daß sie eine bisher beispiellose diktatorische parlamentarische Korruption geschaffen haben. Sie können für sich buhen, daß sie ihre parlamentarische Stärke einzig zu dem Zwecke gebraucht haben, auf Kosten der Allgemeinheit bestimmten Interessengruppen Vorteile über Vorteile zuzuwenden. Und sie können weiter für sich buhen, daß sie um solcher Vorteile willen deutsches Land (siehe Schlag-Zeichnungen) an Frankreich ausgeliefert haben. Wir glauben nicht sehr zu gehen, in der Annahme, daß sie, sobald die Fäden gestrichelt sind, wieder die „nationalistischen“ Töne hervorholen und sich um eine Verantwortung herumdrücken werden. Gut! Der Mangel tiefer Korruption bleibt an ihnen haften und wenn sie sich noch so „national“ gebärden.

Die wirtschaftliche Tragödie im Reichstag ist zu Ende. Die Mehrheit hat ihren Willen durchgesetzt und auch die

Zolltarifvorlage Gesetz werden lassen. Aber einzig in der ganzen Welt steht es da, daß ein Kampfpapier (denn an der Abstimmung beteiligten sich auch die Demokraten nicht) Beschlüsse von einer solchen volkswirtschaftlichen Bedeutung faßt. Noch im letzten Augenblick wandte sich die demokratische Abgeordnete Dr. Gertrud Bäumer gegen die unzulängliche geradezu dürftige Begründung der Zollvorlage und vor allem auch gegen die eigentümliche Ansicht des Reichstages, die Frauen hätten keinen richtigen Maßstab gegenüber den Preissteigerungen. Jede Hausfrau wisse, sagte Gertrud Bäumer, daß unserem Volk vor allem die Erhaltung der Lebensfähigkeit und Lebenskraft, notwendig ist. Und die Lebenshaltung der Bevölkerung sei schon jetzt überaus läglich. Die Auswirkung der Zollvorlage müsse diese Verhältnisse bis ins Unerträgliche steigern. — Auch das half nichts.

Genau verhielt der demokratische Abg. von Reichshofen das Sinnvolle der hohen Zölle auf Futtermittel dem Zollhof klarzumachen. Für Mais sei beispielsweise der geradezu ungeheuerliche Satz von M. 20 vorgesehen. Wie solle dabei der kleine und mittlere Viehhändler bestehen können. Sein Vorschlag, einen Maiszoll von M. 1.— festzusetzen wurde nicht der geringsten Beachtung für wert befunden. Nichtsdesto weniger wurde darauf hingewiesen, daß dem Bauern durch die hohen Futtermittelzölle alle Produktionsmittel ins Ungemeine verteuert würden. — Auch hierauf wurde der Zollhof nicht. Es war alles abgeklappert.



### Gedankens,

wie er in den Verfassungsfeiern zum unabweidlichen Ausdruck kommt, muß auch die Reaktion widerwillig anerkennen. Während in der übrigen Reichspressen davon freilich vorsichtig geschwiegen wird, spricht die östliche Deutsche Zeitung unumwunden aus, was ist. Sie stellt fest: „Daß es überhaupt noch eine vaterländische, eine nationale und völkische Bewegung gibt, merkt man auch tatsächlich überhaupt nicht mehr. Selbst die Presse der nationalen Rechte ist recht milde geworden. Vorübergehend ertrotzt man sich ein wenig über Geering, um aber sehr bald wieder in den Hintergrund zu treten. ... Noch nie seit dem 9. November 1918 hat eine derartige Befreiungsbewegung nationaler und völkischer Belange, eine solche Unterdrückung vaterländischer Regungen Platz gegriffen, wie in den letzten Monaten.“ Etwas komisch wirken in diesem Zusammenhang die Prognosen, die die Deutsche Zeitung im Anschluß daran auszusprechen für gut befindet. Das rechtsradikale Blatt erklärt nämlich, die vaterländischen Verbände betrachten die „nationalistische Regierung“ und den „vereinigten Generalfeldmarschall“ als Reichspräsidenten keineswegs als das Endziel aller vaterländischen Wünsche und es könnte eines Tages sehr unangenehme Überreaktionen geben. — Die vaterländischen Verbände werden sich die Sache überlegen. Bei seinem Amtsantritt auf den Sina und seine Verfassung werden sie auf Granit stehen.